

Öffentliches Recht

Frenz

9., neu bearbeitete Auflage 2022
ISBN 978-3-8006-6728-4
Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Öffentliches Recht

Eine nach Anspruchszielen
geordnete Darstellung
zur Examensvorbereitung

Von
Professor Dr. jur. Walter Frenz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

9., neu bearbeitete Auflage 2022

Verlag Franz Vahlen

Zitervorschlag: *Frenz* ÖffR Rn.

beck-shop.de

DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.vahlen.de

ISBN Print 978 3 8006 6728 4

ISBN E-Book 978 3 8006 6729 1

© 2022 Verlag Franz Vahlen GmbH

Wilhelmstraße 9, 80801 München

Druck: Druckerei C. H. Beck

(Adresse wie Verlag)

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH, Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar



Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort zur 9. Auflage

In der 9. Auflage wird wiederum Basiswissen mit examensträchtigen Problemen und aktuellen Entscheidungen kombiniert, die jeweils an der im Prüfungsaufbau erforderlichen Stelle aufgezeigt werden. Wie auch in den vorherigen Auflagen boten insbesondere das Verfassungsrecht und die Grundlagen des Europarechts zahlreiche Neuerungen. Das BVerfG betrachtete das EuGH-Urteil zum PSPP-Programm *ultra vires*; die Kommission drohte bereits mit einem Vertragsverletzungsverfahren, bis Deutschland beidrehte. Im deutschen Recht besonders im Vordergrund stehen die Coronabeschränkungen (→ Rn. 447 zur Triage, Rn. 455 zur Bundesnotbremse sowie Rn. 812ff.) und die im Gefolge des BVerfG-Klimabeschlusses sowie des Ampelkoalitionsvertrages zu erwartenden Klimaschutzmaßnahmen, vor allem deren Verhältnismäßigkeit und etwaige Entschädigungspflichten (→ Rn. 620ff.) – auch im Vergleich zum („idealerweise“ vorgezogenen) Atom- und Kohleausstieg (→ Rn. 575). Weiterhin aktuell sind die Entscheidungen zur Studienplatzvergabe (→ Rn. 593), zur Angreifbarkeit von bauplanerischen Festsetzungen des Maßes der Nutzung (→ Rn. 895), zu klarstellenden Verwaltungsakten (→ Rn. 866), zu Stadionverboten (→ Rn. 688, 827) und zu „Reichsbürgern“ (→ Rn. 963). Wie ist die in den Polizeigesetzen von Bayern und NRW neu eingeführte latente Gefahr zu handhaben, etwa gegenüber „Gefährdern“ aus einem IS-Camp (→ Rn. 997). Immer noch bedeutsam sind die Entscheidungen zum Kopftuchverbot an Schulen und Kindergärten (Art. 4 I GG, → Rn. 429ff.) sowie auch im Justizdienst (→ Rn. 432). Die Vorratsdatenspeicherung bleibt ein Dauerbrenner. Im Verwaltungsrecht ergab sich Aktuelles neben der Luftreinhaltung. Die Bearbeitung befindet sich auf dem Stand von Januar 2022, teilweise darüber hinaus (VG Köln v. 8.3.2022 zur zulässigen AfD-Beobachtung als Verdachtsfall). Generelle Formulierungen wie „Bürger“ schließen alle Geschlechter ein. Für ihre Mithilfe bei der Aktualisierung der Literatur sowie bei der Formatierung danke ich sehr herzlich Frau *Lorenna Aleixo de Carvalho*, Herrn *Michael Quandt*, die mir diverse Anregungen gaben, Frau Dr. *Kristina Fischer*, Frau *Desiree Dietrich*, B.A., Frau *Julia Becker*, B.Sc., Frau *Gesa Faulhaber*, B.Sc., Herrn *Luca Servos* B.A. und Herrn *Valentin Kunzler*, B.Sc.

Absolventen des 1. Staatsexamens bedanken sich immer wieder dafür, dass dieses Buch im Öffentlichen Recht die Grundlage für ihr Prädikatsexamen gelegt hat. Aber auch über kritische Hinweise und Anregungen würde ich mich sehr freuen. Ich erbitte sie an:

Univ.-Prof. Dr. Walter Frenz
RWTH Aachen
Wüllnerstr. 2
52062 Aachen
0241-8095691
E-Mail: frenz@bur.rwth-aachen.de

Aachen, den 6.2.2022

Walter Frenz

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Aus dem Vorwort zur 1. Auflage

Fernsehaufnahmen im Gerichtssaal und Rundfunkfreiheit, Bilder Carolines von Monaco und Pressefreiheit, rechtsradikale Aufzüge und Versammlungsverbot, Kammerpflichtmitgliedschaft für EU-ausländische Anbieter und gemeinschaftliche Dienstleistungsfreiheit, Kampfhundeeinschläferung und Eigentumsschutz, Hundehaltungsverordnungen und Bestimmtheitsgebot, Werbebeschränkungen für Rechtsanwälte oder Warnung vor BSE und Berufsfreiheit – das Öffentliche Recht wimmelt von aktuellen Fragestellungen. Dieser besondere Reiz macht aber ein systematisches Vorgehen nicht entbehrlich. Es bildet vielmehr die Basis zur vollen Erfassung neuer Entwicklungen.

Während dem Zivilrecht der Anspruchsaufbau selbstverständlich zugrunde liegt, wird er im Öffentlichen Recht vielfach vernachlässigt. Dabei bildet er auch in diesem Gebiet die Basis für gute Klausurergebnisse. Im Öffentlichen Recht ergibt er sich wesentlich aus dem Anspruchsziel: Abwehr, Leistung oder Feststellung, unterteilt nach Normen, Verwaltungs- und Realakten bzw. aufgegliedert in die europäische Ebene sowie die nationale Verfassungs- und Verwaltungsebene. Daher bedarf es einer nach Anspruchszielen geordneten Darstellung zur Examensvorbereitung.

Nach diesem Muster geordnet, wird das für das 1. Juristische Staatsexamen erforderliche Wissen aus allen Gebieten des Öffentlichen Rechts dargelegt. Dadurch treten Zusammenhänge hervor, die bei einer getrennten Behandlung der Einzelgebiete so nicht deutlich werden. Die Probleme werden oft nur kurz angerissen und auch nicht durchgehend vollständig dargestellt, Beispielsfälle verkürzt. Gerade im Öffentlichen Recht ist es unmöglich, alle Einzelheiten zu kennen. Umso wichtiger ist die Beherrschung von Strukturen und der Systematik, um einen unbekanntem Fall lösen zu können. Die aufgenommenen Beispiele und Einzelfragen dienen daher der Verdeutlichung. Klassischen Entscheidungen und der aktuellen Rspr. entnommen, decken sie aber weitgehend die in Standardfällen zu erwartenden Konstellationen ab.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 9. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsverzeichnis	XIII
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einführung	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
B. Sekundärrecht	11
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	29
A. Verfahrensmöglichkeiten	29
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	33
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	47
A. Verfahrensarten	48
B. Entscheidung des BVerfG	63
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	64
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	81
§ 4 Grundrechte	82
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	82
B. Schutzbereich	88
C. Grundrechtseingriffe	106
D. Rechtfertigung	114
§ 5 Eigentums- und Berufsfreiheit	164
A. Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	164
B. Art. 12 GG – Berufsfreiheit	179
C. Klimaschutz und Wirtschaftsgrundrechte	193
§ 6 Gleichheitsgrundrechte	208
A. Überblick	208
B. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	208
C. Besondere Gleichheitssätze	214
§ 7 Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	218
A. Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	219
B. Begründetheit	224
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO: Corona-Fälle	237
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	244
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	244
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	244
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	245
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	252
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	253
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	254
C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	273
§ 10 Begründetheit der Anfechtungsklage	274
A. Ansatz und Klagegegenstand	274
B. Ermächtigungsgrundlage	279
C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	285
D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	314

	E. Zu den Rechtsfolgen	314
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	314
	A. Bedeutung und Anwendungsbereich	314
	B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	315
	C. Begründetheit	317
3. Kapitel.	Abwehr sonstiger Maßnahmen	324
§ 12	Die Leistungsunterlassungsklage	324
	A. Allgemeines	324
	B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	326
	C. Die vorbeugende Unterlassungsklage	329
	D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	331
§ 13	Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	337
	A. Einordnung	337
	B. Zulässigkeit	337
	C. Begründetheit	338
2. Teil.	Erlass von Maßnahmen	341
4. Kapitel.	Erlass von Normen	342
§ 14	Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung	342
	A. Allgemeines am Beispiel des Klimaschutzes	342
	B. Aus Unionsrecht: stattdessen unmittelbare Wirkung	342
	C. Aus Grundrechten	343
	D. Aus einfachem Recht	348
	E. Prozessuale Durchsetzung	348
5. Kapitel.	Erlass von Verwaltungsakten	351
§ 15	Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	351
	A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	352
	B. Statthaftigkeit	353
	C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	355
	D. Vorverfahren	356
	E. Klagefrist	357
	F. Rechtsschutzbedürfnis	357
§ 16	Begründetheit der Verpflichtungsklage	358
	A. Allgemeiner Rahmen	358
	B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen	359
	C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	360
	D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	369
	E. Benutzung kommunaler Einrichtungen	375
	F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	381
	G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	383
	H. Wiederaufgreifen des Verfahrens	384
	J. Ansprüche aus Unionsrecht	386
§ 17	Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	388
	A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	388
	B. Für Hochschulzulassungen	388
	C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	390
6. Kapitel.	Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen	391
§ 18	Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	391
	A. Allgemeines	391
	B. Zulässigkeit	392
	C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	396
	D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	399
§ 19	Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	400
	A. Allgemeines	400
	B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	401
	C. Rechtmäßigkeit des Vertrages	402
	D. Nichtigkeit des Vertrages	403
§ 20	Geldleistungsansprüche	405
	A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	406
	B. Staatshaftung	407
	C. Entschädigungsansprüche	419

D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	425
E. Aufwendungsersatz	428
F. Sozialleistungsansprüche	430
3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	431
7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	431
§ 21 Organstreitverfahren	431
A. Zulässigkeit	431
B. Begründetheit	435
§ 22 Bund-Länder-Streitigkeiten	449
A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG	449
B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG	454
8. Kapitel. Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	454
§ 23 Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	454
A. Begriff und Bedeutung	454
B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	455
C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	457
§ 24 Feststellungsklage	461
A. Zulässigkeit	461
B. Begründetheit	468
§ 25 Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	469
A. Einordnung	469
B. Zulässigkeit	470
C. Begründetheit	476
Entscheidungssammlung	485
Sachverzeichnis	493



beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 9. Auflage	V
Aus dem Vorwort zur 1. Auflage	VII
Inhaltsübersicht	IX
Verzeichnis der Abbildungen, Übersichten und Schemata	XXIII
Abkürzungsverzeichnis	XXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur	XXXI
Einführung	1
1. Teil. Abwehr von Maßnahmen	5
1. Kapitel. Abwehr von Normen	5
§ 1 Europarechtliche Normen	6
A. Primärrecht	6
I. Grundlagen	6
II. ESM-Vertrag	8
1. Materielle Grenzen	8
2. Reichweite der Mitwirkung des Bundestages	9
3. Eilbedürftigkeit	11
B. Sekundärrecht	11
I. Überprüfung am europäischen Primärrecht	11
1. Verfahren vor dem Gerichtshof der EU	12
2. Überprüfungsgründe	14
II. Überprüfung sekundären Unionsrechts an deutschem Recht	20
1. Unmittelbare Wirkung von Unionsrechtsakten	20
2. Kooperationsverhältnis von BVerfG und Gerichtshof der EU	21
3. Widerspruch zum europäischen Integrationsprozess nach den Verträgen und Art. 23 GG	25
4. Zustandekommen sekundären Unionsrechts	26
5. Umsetzung und Anwendung durch Organe deutscher Staatsgewalt	27
§ 2 Vereinbarkeit deutscher Gesetze mit Unionsrecht	29
A. Verfahrensmöglichkeiten	29
I. Kommission und Mitgliedstaaten	29
II. Gerichte	30
1. Vorlageverfahren, Art. 267 AEUV	30
2. Voraussetzungen	30
3. Verletzung von Art. 101 I 2 GG	32
III. Individuen	32
B. Ansatzpunkte für eine Unionsrechtswidrigkeit	33
I. Unionsrechtliches Primärrecht	33
1. Warenverkehrsfreiheit, Art. 34 AEUV	34
2. Personenfreizügigkeit, Art. 45, 49 AEUV	39
3. Dienstleistungsfreiheit, Art. 56 und 57 AEUV	42
4. Allgemeines Diskriminierungsverbot und allgemeine Gleichbehandlung	43
II. Vereinbarkeit mit unionsrechtlichem Sekundärrecht	45
1. Unionsrechtsverstoß, insbesondere Anforderungen an die Umsetzung von Richtlinien	45
2. Richtlinienkonforme Auslegung	46
§ 3 Überprüfung deutscher Gesetze am Grundgesetz	47
A. Verfahrensarten	48
I. Abstrakte Normenkontrolle, Art. 93 I Nr. 2 GG; §§ 13 Nr. 6, 76 ff. BVerfGG	48
1. Antragsberechtigung	48
2. Prüfungsgegenstand	48

3. Antragsbefugnis	48
4. Klarstellungsinteresse	48
5. Ordnungsgemäßer Antrag und Frist	49
II. Abstrakte Normenkontrolle nach Art. 93 I Nr. 2a, II GG, § 13 Nr. 6a BVerfGG	49
III. Konkrete Normenkontrolle: Richtervorlage, Art. 100 GG, § 13 Nr. 11,	
§§ 80–82 BVerfGG	50
1. Vorlageberechtigung und Prüfungsgegenstand	50
2. Überzeugung von der Verfassungswidrigkeit	50
3. Entscheidungserheblichkeit	50
IV. Individualverfassungsbeschwerde	51
1. Beschwerdefähigkeit	51
2. Beschwerdegegenstand	53
3. Beschwerdebefugnis	53
4. Rechtswegerschöpfung und Subsidiarität der Verfassungsbeschwerde	55
5. Frist	56
6. Prozessfähigkeit	56
7. Praxis: Annahme der Verfassungsbeschwerde	56
V. Kommunalverfassungsbeschwerde	57
1. Zulässigkeit	57
2. Recht auf kommunale Selbstverwaltung, Art. 28 II GG	57
VI. Einstweiliger Rechtsschutz	61
B. Entscheidung des BVerfG	63
C. Verfassungsmäßigkeit eines Gesetzes	64
I. Formelle Verfassungsmäßigkeit	64
1. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	64
2. Gesetzgebungsverfahren	73
II. Materielle Verfassungsmäßigkeit	76
1. Rechtsstaatsprinzip, Art. 20 III GG	76
2. Sozialstaatsprinzip, Art. 20 I GG	78
3. Demokratieprinzip	78
D. Prüfung durch den Bundespräsidenten	81
§ 4 Grundrechte	82
A. Relativer und absoluter Schutz (Menschenwürde)	82
I. Grundlagen	82
II. Menschenwürdiges Existenzminimum	82
III. Haft und Sicherungsverwahrung	84
1. Grundlagen	84
2. Nachträgliche Sicherungsverwahrung	85
IV. Flugzeugabschuss	87
B. Schutzbereich	88
I. Bestimmung des Schutzbereichs am Beispiel von Art. 4 GG	89
1. Glauben und Gewissen	89
2. Glaubens- und Bekenntnisfreiheit	89
II. Abgrenzung der Schutzbereiche und Konkurrenzen	93
1. Meinungs- und Versammlungsfreiheit	94
2. Vorrang eines Grundrechts	99
3. Idealkonkurrenz	103
III. Art. 2 I GG als Auffanggrundrecht	104
1. Sachbezogen	104
2. Personenbezogen	106
C. Grundrechtseingriffe	106
I. Unmittelbare finale Eingriffe am Beispiel von Art. 6 GG	107
1. „Homoehe“	107
2. Familienzuschlag und Hinterbliebenenversorgung	108
3. Adoption	109
4. Fazit	110
5. Eingriffe durch Verwaltungsakte	111
II. Faktische Eingriffe	111
III. Mittelbare Eingriffe	112
IV. Begrenzungen	113

D.	Rechtfertigung	114
I.	System	114
II.	Grundrechte mit Gesetzesvorbehalt	115
1.	Reichweite des Gesetzesvorbehalts (Beispiel: Aufnahmen im Gericht)	115
2.	Ausgleich konkurrierender Verfassungsgüter (Beispiel: Pressefreiheit und allgemeine Persönlichkeitsrechte)	117
III.	Grundrechte ohne Gesetzesvorbehalt	121
1.	Beschränkung durch kollidierendes Verfassungsrecht	121
2.	Wissenschaftsfreiheit	123
3.	Glaubensfreiheit	126
4.	Kunstfreiheit	131
IV.	Schranken-Schranken	132
1.	Anforderungen aus dem Vorbehalt des Gesetzes	132
2.	Verhältnismäßigkeit	133
3.	Wesensgehaltsgarantie	161
4.	Bestimmtheitsgebot	162
5.	Verbot des Einzelfallgesetzes	163
6.	Zitiergebot	164
§ 5	Eigentums- und Berufsfreiheit	164
A.	Art. 14 GG – Eigentumsfreiheit	164
I.	Prägung der Eigentumsfreiheit durch den Gesetzgeber	164
II.	Schranken für den Gesetzgeber	165
1.	Ausgleich und Kernbereich bei Inhaltsbestimmungen	165
2.	Eigentumswertgarantie	165
III.	Eröffnung des Schutzbereichs von Art. 14 GG	165
1.	Vermögenswerte Rechte	166
2.	Nicht das Vermögen an sich	166
3.	Keine tatsächlichen und allein normabhängigen Umstände	167
4.	Das „Recht am eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb“	170
IV.	Eingriff: Abgrenzung von Inhaltsbestimmung und Enteignung	171
1.	Grundansatz	171
2.	Nähere Abgrenzung	172
V.	Rechtfertigung	173
1.	Inhalts- und Schrankenbestimmung	173
2.	Enteignung gem. Art. 14 III GG	178
3.	Prüfung der Eigentumsfreiheit, Art. 14 GG	179
B.	Art. 12 GG – Berufsfreiheit	179
I.	Abgrenzung zu Art. 14 GG	180
II.	Einheitliches Grundrecht der Berufsfreiheit	181
III.	Schutzbereich	182
1.	Beruf	182
2.	Berufswahl	183
3.	Berufsausübung	185
IV.	Eingriff	186
V.	Rechtfertigung	188
1.	Abgestufte Schutzintensität	188
2.	Berufsausübungsregeln	188
3.	Berufswahlregelungen	189
4.	Konkretisierung der Verhältnismäßigkeitsprüfung	191
C.	Klimaschutz und Wirtschaftsgrundrechte	193
I.	Beeinträchtigte Grundrechte	193
1.	Mögliche Ansatzpunkte	193
2.	Schutzbereich	194
II.	Rechtfertigung	195
1.	Doppelte Rechtfertigung und kein in dubio pro libertate mehr	195
2.	Vorrang des Klimaeuroparechts	196
3.	Anpassungsmaßnahmen an Klimafolgen	197
III.	Die Verhältnismäßigkeitsprüfung im Einzelnen	197
1.	Eignung	197
2.	Erforderlichkeit	198
3.	Angemessenheit	199

IV. Eigentumsfreiheit	199
1. Schutzbereich	199
2. Regelmäßige Sozialbindung	200
3. Rechtfertigung	201
4. Ausgleichspflicht	202
V. Berufsfreiheit	203
1. Eingriffe	203
2. Rechtfertigung	204
3. Warnungen, Empfehlungen und Informationen	206
§ 6 Gleichheitsgrundrechte	208
A. Überblick	208
B. Der allgemeine Gleichheitsgrundsatz gem. Art. 3 I GG	208
I. Ungleichbehandlung	209
II. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung	210
1. Prüfungsrahmen	210
2. Verhältnismäßigkeit	213
C. Besondere Gleichheitssätze	214
I. Art. 3 II GG	214
II. Weitere Differenzierungsge- und -verbote	216
III. Grunderwerbsteuer	217
§ 7 Abwehr untergesetzlicher Normen, § 47 VwGO	218
A. Zulässigkeit eines Normenkontrollantrages	219
I. Verwaltungsrechtsweg	219
II. Statthaftigkeit	219
1. Nach § 47 I Nr. 1 VwGO	219
2. Nach § 47 I Nr. 2 VwGO	220
III. Antragsbefugnis	221
1. Behörden	221
2. Natürliche und juristische Personen	221
IV. Allgemeine Voraussetzungen	223
V. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	224
B. Begründetheit	224
I. Allgemeiner Prüfungsumfang und -maßstab	225
II. Allgemeine Rechtmäßigkeitsvoraussetzungen für Satzungen und Rechtsverordnungen	225
1. Ermächtigungsgrundlage	225
2. Formelle Rechtmäßigkeit	227
3. Materielle Rechtmäßigkeit (Subsumtion)	227
4. Bestimmtheit	228
5. Ermessen	228
III. Bebauungspläne	229
1. Ermächtigungsgrundlage	229
2. Formelle Rechtmäßigkeit	229
3. Materielle Rechtmäßigkeit	233
C. Einstweiliger Rechtsschutz nach § 47 VI VwGO: Corona-Fälle	237
I. Zulässigkeit	237
II. Begründetheit	237
III. Anwendung in der Corona-Pandemie	238
1. Außervollzugsetzung von Ausgangsbeschränkungen wegen Corona	238
2. Lockerung von Coroneinschränkungen	241
2. Kapitel. Aufhebung von Verwaltungsakten	244
§ 8 Verfassungsbeschwerde gegen Verwaltungsakte und Urteile	244
A. Verfassungsbeschwerde unmittelbar gegen Verwaltungsakte	244
B. Verfassungsbeschwerde gegen gerichtliche Entscheidungen	245
§ 9 Die Zulässigkeit der Anfechtungsklage	252
A. Überblick über die Zulässigkeitsvoraussetzungen	253
B. Die zentralen Zulässigkeitsvoraussetzungen	254
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	254
1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit	254
2. Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art	255
II. Statthafte Klageart	256

	1. Klagebegehren: Aufhebung eines Verwaltungsaktes	256
	2. Verwaltungsakt: Merkmale	256
	3. Teilanfechtung	262
	III. Klagebefugnis	264
	1. Aus einfachgesetzlichen Schutznormen	265
	2. Aus Grundrechten	269
	3. Aus Unionsrecht	269
	4. Verbandsklage	270
	5. Entfallen der Klagebefugnis aufgrund von Präklusion	271
	IV. Vorverfahren	271
	C. Die sonstigen Zulässigkeitsvoraussetzungen	273
§ 10	Begründetheit der Anfechtungsklage	274
	A. Ansatz und Klagegegenstand	274
	1. Ansatz und maßgeblicher Zeitpunkt	274
	II. Klagegegenstand	276
	1. Bedeutung des Widerspruchsbescheides	276
	2. Nebenbestimmungen	278
	B. Ermächtigungsgrundlage	279
	1. Notwendigkeit	279
	II. Vorrang von Spezialvorschriften	279
	1. Grundsatz und Grenzen	279
	2. Vorrang der polizeirechtlichen Standardmaßnahmen gegenüber der Generalklausel am Beispiel der Obdachloseneinweisung	280
	3. Aufhebung von Verwaltungsakten	281
	III. Befugnis für polizeiliche Vollstreckungsmaßnahmen, insbesondere für das Abschleppen von Kfz	282
	C. Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes	285
	I. Formelle Rechtmäßigkeit	285
	1. Zuständigkeit	286
	2. Verfahren	286
	3. Form	287
	II. Materielle Rechtmäßigkeit	287
	1. Rechtmäßigkeit der Ermächtigungsgrundlage	287
	2. Korrekte Subsumtion unter die Ermächtigungsgrundlage (einschließlich Beurteilungsspielraum)	288
	3. Adressat und Maßnahmerichtung	294
	4. Bestimmtheit	301
	5. Rechtliche und tatsächliche Möglichkeit	301
	6. Rechtmäßiger Ermessensgebrauch	301
	7. Vereinbarkeit mit höherrangigem Recht	304
	III. Die Anfechtung der Aufhebung von (begünstigenden) Verwaltungsakten	307
	1. Rücknahme und Widerruf	307
	2. Widerruf rechtmäßiger begünstigender Verwaltungsakte	308
	3. Rücknahme rechtswidriger begünstigender Verwaltungsakte	309
	4. Rücknahme von unionsrechtswidrigen Beihilfen	311
	D. Tatsächliche Verletzung in subjektiven Rechten	314
	E. Zu den Rechtsfolgen	314
§ 11	Einstweiliger Rechtsschutz nach §§ 80, 80a VwGO	314
	A. Bedeutung und Anwendungsbereich	314
	B. Zulässigkeit des Antrags nach §§ 80 V, 80a VwGO	315
	I. Zur Hauptsache akzessorische Voraussetzungen	315
	1. Verwaltungsrechtsweg	315
	2. Statthaftigkeit	315
	3. Antragsbefugnis	316
	4. Sonstiges	316
	II. Rechtsschutzbedürfnis	316
	1. Anträge nach § 80 V VwGO	316
	2. Anträge nach § 80a VwGO	317
	C. Begründetheit	317
	I. Formelle Rechtmäßigkeit von Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	318
	II. Materielle Prüfung	319

III. Besonderes Vollzugsinteresse bei Anordnungen nach § 80 II 1 Nr. 4 VwGO	321
IV. Einschränkung der gerichtlichen Entscheidungsbefugnis durch Vorlagepflicht?	321
V. Bei für rechtswidrig erachtetem Unionsrecht	322
3. Kapitel. Abwehr sonstiger Maßnahmen	324
§ 12 Die Leistungsunterlassungsklage	324
A. Allgemeines	324
B. Zulässigkeit der allgemeinen Unterlassungsklage	326
I. Verwaltungsrechtsweg	326
1. Erwerbswirtschaftliche Betätigung	326
2. Immissionen, vor allem von kirchlichen Einrichtungen	326
II. Statthaftigkeit	327
III. Klagebefugnis	328
IV. Rechtsschutzbedürfnis	328
C. Die vorbeugende Unterlassungsklage	329
I. „Vorbeugende“ Unterlassungsklage gegen Realakte	329
II. Vorbeugende Unterlassungsklage gegen drohende Verwaltungsakte	329
D. Begründetheit der Leistungsunterlassungsklage: Der Unterlassungsanspruch	331
I. Rechtsgrundlage	331
II. Anspruchsvoraussetzungen: insbesondere bei erwerbswirtschaftlicher Betätigung und Immissionen	332
1. Hoheitlicher Eingriff in subjektives Recht	332
2. Rechtswidrigkeit	333
3. Fortdauern oder unmittelbares Bevorstehen	334
III. Die Unterlassung von Warnungen und Empfehlungen	334
§ 13 Einstweiliger Rechtsschutz nach § 123 VwGO	337
A. Einordnung	337
B. Zulässigkeit	337
I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	337
II. Statthafte Verfahrensort	337
III. Antragsbefugnis	338
IV. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	338
C. Begründetheit	338
I. Glaubhaftmachung Anordnungsanspruch	338
II. Glaubhaftmachung Anordnungsgrund	338
III. Anordnungsentscheidung	339
IV. Keine Vorwegnahme der Hauptsache	339
2. Teil. Erlass von Maßnahmen	341
4. Kapitel. Erlass von Normen	342
§ 14 Normerlassansprüche und ihre Durchsetzung	342
A. Allgemeines am Beispiel des Klimaschutzes	342
B. Aus Unionsrecht: stattdessen unmittelbare Wirkung	342
I. Auf Unionsnormen	342
II. Auf nationale Normen	343
C. Aus Grundrechten	343
I. Objektive Grundrechtsfunktionen	343
1. Grundrechte als Leistungsrechte	344
2. Grundrechtliche Schutzpflichten	344
II. Gleichheitssatz, insbesondere Normergänzungsanspruch	347
III. Umweltstaatszielbestimmung	348
D. Aus einfachem Recht	348
E. Prozessuale Durchsetzung	348
I. Vor dem EuGH	348
II. Vor dem BVerfG	348
III. Vor Verwaltungsgerichten	350
5. Kapitel. Erlass von Verwaltungsakten	351
§ 15 Zulässigkeit der Verpflichtungsklage	351
A. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	352
I. Zulassung zu einer öffentlichen Einrichtung	352
II. Subventionsbescheid	352

B. Statthaftigkeit	353
I. Abgrenzung zur Anfechtungsklage	353
II. Sonderprobleme der Konkurrentenklagen	354
C. Klagebefugnis, § 42 II VwGO	355
I. Anspruchsgrundlagen	355
II. Ansprüche aus Ermessensvorschriften	356
D. Vorverfahren	356
E. Klagefrist	357
F. Rechtsschutzbedürfnis	357
§ 16 Begründetheit der Verpflichtungsklage	358
A. Allgemeiner Rahmen	358
B. Die Grundstruktur von Genehmigungsfällen	359
I. Genehmigungspflichtigkeit	359
II. Genehmigungsfähigkeit	359
C. Anspruch auf Erteilung einer Baugenehmigung	360
I. Anspruchsgrundlagen	360
II. Formelle Anspruchsvoraussetzungen	360
III. Materielle Voraussetzungen	361
1. Genehmigungspflichtigkeit	361
2. Genehmigungsfähigkeit	362
D. Ansprüche auf die Benutzung öffentlicher Sachen, insbesondere Straßen	369
I. Allgemeines, Abgrenzung von Anfechtungssituationen	369
II. Begriff der öffentlichen Sache	370
III. Erlaubnispflichtigkeit	371
1. Gemeingebrauch und Sondernutzung	371
2. Straßenanliegergebrauch	373
3. Kommunikativer Gemeingebrauch	373
IV. Erteilung der Sondernutzungserlaubnis	374
E. Benutzung kommunaler Einrichtungen	375
I. Anspruchsgrundlagen	375
II. Der allgemeine kommunalrechtliche Benutzungsanspruch	376
1. Vorliegen einer öffentlichen Einrichtung	376
2. Aktivlegitimation	377
3. Rechtliche Schranken	378
4. Tatsächliche Schranken	379
F. Anspruch auf polizeiliches Einschreiten	381
I. Zuständigkeit der Polizei für den Schutz privater Rechte	381
II. Erfordernis eines subjektiv-öffentlichen Rechts	381
III. Ermessensreduzierung auf null	382
G. Anspruch aus Zusicherung gem. § 38 VwVfG	383
H. Wiederaufgreifen des Verfahrens	384
I. Konstellation der Verpflichtungsklage	384
II. Wiederaufgreifen nach § 51 VwVfG	385
1. Wiederaufgreifensgründe nach § 51 I Nr. 1–3 VwVfG	385
2. Neue Sachentscheidung	385
III. „Wiederaufgreifen“ nach §§ 48, 49 VwVfG	386
J. Ansprüche aus Unionsrecht	386
§ 17 Einstweiliger Rechtsschutz auf Erlass eines VA	388
A. Regelungsanordnung nach § 123 I 2 VwGO	388
B. Für Hochschulzulassungen	388
C. Bei Zweifeln an entgegenstehendem EU-Recht	390
6. Kapitel. Sonstiges Verwaltungshandeln und Geldzahlungen	391
§ 18 Die allgemeine Leistungs(vornahme)klage	391
A. Allgemeines	391
B. Zulässigkeit	392
I. Verwaltungsrechtsweg, insbesondere kraft Sachzusammenhang	392
1. Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs, § 40 I VwGO	392
2. Der Rechtsweg kraft Sachzusammenhang, § 17 II GVG	392
II. Statthaftigkeit	393
III. Klagebefugnis	393

IV. Sonstige Zulässigkeitsvoraussetzungen	395
1. Vorverfahren	395
2. Klagefrist	395
3. Rechtsschutzbedürfnis	395
C. Begründetheit der allgemeinen Leistungsklage, insbesondere Folgenbeseitigungsanspruch	396
I. Allgemeines	396
II. Der allgemeine Folgenbeseitigungsanspruch (FBA)	396
1. Grundlage	396
2. Voraussetzungen	397
3. Rechtsfolgen	398
D. Einstweiliger Rechtsschutz bei Begehren auf Leistungsvornahme	399
§ 19 Leistungsansprüche aus öffentlich-rechtlichem Vertrag	400
A. Allgemeines	400
B. Vorliegen eines öffentlich-rechtlichen Vertrages	401
C. Rechtmäßigkeit des Vertrages	402
I. Zulässigkeit der Vertragsform	402
II. Formelle Rechtmäßigkeit	402
III. Materielle Rechtmäßigkeit	402
D. Nichtigkeit des Vertrages	403
§ 20 Geldleistungsansprüche	405
A. Haftung aus öffentlich-rechtlichen Sonderverbindungen	406
I. Öffentlich-rechtliche Sonderverbindungen	406
II. Haftung	406
III. Zivilrechtsweg	407
B. Staatshaftung	407
I. Amtshaftung nach nationalem Recht	408
1. Verhältnis zu anderen Ansprüchen	408
2. Handeln im öffentlich-rechtlichen Tätigkeitsbereich	408
3. Verletzung einer drittbezogenen Amtspflicht	409
4. Kausaler Schaden	412
5. Verschulden	412
6. Haftungseinschränkung	413
7. Passivlegitimation	413
8. Rechtsfolge	414
II. Staatshaftung für unionsrechtswidriges Verhalten	414
1. Anwendungsbereich	414
2. Grundvoraussetzungen	416
3. Unterschied zu § 839 BGB, Art. 34 GG	417
C. Entschädigungsansprüche	419
I. Abgrenzung zu Schadensersatzansprüchen	419
II. Spezialgesetzliche Entschädigungsansprüche	419
1. Enteignungsentschädigungen	419
2. Sonstige Entschädigungsansprüche	420
III. Entschädigung aus Aufopferung, enteignungsgleichem und enteignendem Eingriff	421
1. Enteignungsgleicher und enteignender Eingriff	422
2. Der allgemeine Aufopferungsanspruch	425
D. Öffentlich-rechtlicher Erstattungsanspruch	425
I. Nach § 49a VwVfG	425
II. Nach allgemeinen Grundsätzen	426
III. Durchsetzung	427
IV. Konkurrenzen	428
E. Aufwendungsersatz	428
F. Sozialleistungsansprüche	430
3. Teil. Feststellung der Rechtswidrigkeit	431
7. Kapitel. Verfassungsrechtliche Feststellungsbegehren: Handeln von nationalen Verfassungsorganen	431
§ 21 Organstreitverfahren	431
A. Zulässigkeit	431
I. Parteifähigkeit von Antragsteller und Antragsgegner	431

	II. Streitgegenstand (Statthaftigkeit)	433
	III. Antragsbefugnis	433
	IV. Rechtsschutzbedürfnis	434
	V. Form und Frist	434
B.	Begründetheit	435
	I. Maßstab und Inhalt der Entscheidung	435
	II. Die Rechtsstellung von Abgeordneten und Fraktionen	435
	1. Abgeordnete	435
	2. Fraktionen	438
	3. Das Verhältnis des Abgeordneten zu Fraktion und Partei	439
	4. Die Einsetzung von Untersuchungsausschüssen	440
	5. Bundestagsauflösung	443
	III. Politische Parteien	444
	1. Allgemeines	444
	2. Gewährleistung der Chancengleichheit der Parteien	445
	3. Parteienfinanzierung	447
	4. Sonderproblem: Rückforderung nach ParteiG	448
§ 22	Bund-Länder-Streitigkeiten	449
	A. Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 3 GG	449
	I. Zulässigkeit	450
	1. Antragsberechtigung	450
	2. Streitgegenstand	450
	3. Antragsbefugnis	450
	4. Vorverfahren	450
	5. Form und Frist	450
	II. Begründetheit	451
	1. Landeseigenverwaltung	451
	2. Bundesauftragsverwaltung	451
	3. Bundestreue	453
	B. Andere Bund-Länder-Streitigkeiten nach Art. 93 I Nr. 4 GG	454
8. Kapitel.	Feststellungsbegehren für Verwaltungshandeln	454
§ 23	Kommunalverfassungsrechtliche Streitigkeiten	454
	A. Begriff und Bedeutung	454
	B. Zulässigkeit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	455
	I. Verwaltungsrechtsweg	455
	II. Statthafte Klageart	455
	III. Klagebefugnis	457
	IV. Beteiligtenfähigkeit und Klagegegner	457
	C. Begründetheit der kommunalverfassungsrechtlichen Klage	457
	I. Die Rechtsstellung der Ratsmitglieder	458
	II. Fraktionsrecht	459
§ 24	Feststellungsklage	461
	A. Zulässigkeit	461
	I. Verwaltungsrechtsweg	461
	II. Statthaftigkeit	461
	1. Allgemeine Feststellungsklage gem. § 43 I Alt. 1 VwGO	461
	2. Nichtigkeitsfeststellungsklage gem. § 43 I Alt. 2 VwGO	464
	III. Klagebefugnis	465
	IV. Feststellungsinteresse	465
	V. Keine Subsidiarität	466
	VI. Sonstiges	468
	B. Begründetheit	468
§ 25	Fortsetzungsfeststellungsklage (Rechtswidrigkeitsfeststellungsklage)	469
	A. Einordnung	469
	B. Zulässigkeit	470
	I. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges	470
	II. Statthafte Klageart	470
	1. Verwaltungsakt	470
	2. Erledigung des Verwaltungsaktes	471
	3. Erledigung nach Klageerhebung	471
	4. Erledigung vor Klageerhebung	472

III. Klagebefugnis	473
IV. Vorverfahren	473
V. Klagefrist	474
VI. Berechtigtes Feststellungsinteresse	474
C. Begründetheit	476
I. Maßstab	476
II. Inhaltliche Prüfung: Konstellationen aus dem Versammlungs- und Polizeirecht	477
1. Versammlungsgesetz als lex specialis zum allgemeinen Polizeirecht	477
2. Allgemeine polizeirechtliche Maßnahmen im Zusammenhang mit Versammlungen	480
Entscheidungssammlung	485
Sachverzeichnis	493


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG